



Finanzausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 4. Juli 2025
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1145
(0431) 988 1148
Finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 101. Sitzung des **Finanzausschusses**

am Donnerstag, dem 3. Juli 2025, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, [Umdruck 20/4967](#) (Investitionsbank) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

- 1. Haushaltsrisiko in Höhe von mehr als 25 Millionen Euro im Bereich der Eingliederungs- und Sozialhilfe**
Information des Sozialministeriums
[Umdruck 20/4940](#)
Schreiben der kommunalen Landesverbände
[Umdruck 20/4957](#)

Ausschuss und Landesregierung befassen sich mit den Kostensteigerungen im Bereich der Eingliederungs- und Sozialhilfe.

- 2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/3339](#)
Überweisungsschreiben der Landtagspräsidentin
[Umdruck 20/4963](#)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 20/3339](#) unverändert anzunehmen.

- b) Konsequenzen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts – Tilgungsgesetz unverzüglich anpassen**
Antrag der Fraktionen von SPD und FDP
[Drucksache 20/3190](#)

Der Antrag soll im Zusammenhang mit dem von der Finanzministerin angekündigten zweiten Nachtragshaushalt im November 2025 beraten werden.

c) Konsequenzen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts – Landeshaushalt 2025 verfassungskonform unverzüglich aufstellen

Antrag der Fraktionen von SPD und FDP

[Drucksache 20/3191](#)

Im Einvernehmen mit den antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

[Drucksache 20/2959](#)

Formulierungshilfe des Finanzministeriums

[Unterrichtung 20/254](#) und [Umdruck 20/4878](#)

Schreiben des Finanzministeriums

vertraulicher [Umdruck 20/4967](#)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 20/2959](#) in der Fassung der Formulierungshilfe [Unterrichtung 20/254](#) (mit einer Änderung) anzunehmen.

4. Erörterung mit dem Finanzministerium über ein haushaltsrechtlich und -technisch einheitliches Agieren der Ressorts bei den Haushaltsberatungen

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung vertagt.

5. Förderprogramme in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3131](#)

Auf Antrag der Abgeordneten Krämer beschließt der Finanzausschuss einstimmig, ein Fachgespräch zu führen. Den Kreis der Einzuladenden will der Ausschuss in der nächsten Sitzung festlegen.

6. Gastronomie stärken

Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

[Drucksache 20/3284](#) (neu)

Auf Antrag der Abgeordneten Raudies beschließt der Finanzausschuss einstimmig, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 11. Juli 2025 zu benennen.

7. Erhöhung der Pendlerpauschale ist überfällig – Schwarz-Grün darf Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht blockieren

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW

[Drucksache 20/3285](#) (neu)

Auf Antrag des Abgeordneten Deckmann beschließt der Finanzausschuss mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition, den Antrag im Zusammenhang mit der Beratung des Jahressteuergesetzes auf Bundesebene im Herbst 2025 zu behandeln.

8. Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/3289](#)

Auf Antrag des Vorsitzenden beschließt der Finanzausschuss einstimmig, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 11. Juli 2025 zu benennen.

9. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/4902](#) und 20/4907 – Verwendung von Notkreditmitteln
[Umdruck 20/4918](#) (neu) – Finanzierung kommunaler Investitionen
[Umdruck 20/4920](#) – Verwaltungsvereinbarung Tierhaltungskennzeichnung
[Umdruck 20/4926](#) – Sachsenwald
[Umdruck 20/4930](#) – GMSH
[Umdruck 20/4939](#) – geschlechterparitätische Gremienbesetzung

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis, bis auf [Umdruck 20/4926](#) (Sachsenwald), der in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

10. Verschiedenes

- a) Die nächste Ausschusssitzung findet am 10. Juli 2025 statt. In der Sitzung soll auf Antrag der Abgeordneten Krämer der FDP-Antrag „Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben“ ([Drucksache 20/501](#)) behandelt werden.
- b) Der Termin für die Haushaltsberatungen mit der Finanzministerin wird auf Wunsch der Ministerin vom 6. November auf den 13. November 2025 17 Uhr verschoben (Einzelpläne 05, 11, 12 und 16).
- c) Die Finanzministerin informiert über den aktuellen Stand der finanzrelevanten Bundesgesetzgebungsverfahren.

11. Grunderwerb in der Gemeinde Osterhever für die Umsetzung von Küstenschutzmaßnahmen auf Eiderstedt

Antrag des Umweltministeriums
vertraulicher [Umdruck 20/4899](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Antrag des Abgeordneten Deckmann auf die nächste Sitzung vertagt.

Schluss: 13:03 Uhr

gez. Ole Schmidt